

Einführung von übergreifenden Sozialtickets in Thüringen

Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

25. + 26. November 2016 in Bad Langensalza

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Thüringen setzen sich für die Einführung von Sozialtickets in allen Tarifbereichen und Tarifverbänden des öffentlichen Nahverkehrs sowie und vor allem auch übergreifend ein.

Ein Sozialticket ermöglicht Personen mit geringerer finanzieller Leistungsfähigkeit die bessere Teilhabe am öffentlichen Leben durch die Möglichkeit der vergünstigten Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Oft stellt sich ihnen nicht die Frage nach der Art des Verkehrsmittels, sondern die Frage: Laufen oder gar nicht weiter weg bewegen. Hier setzt ein Sozialticket an.

Unter einem Sozialticket verstehen wir dabei Zeitkarten für den öffentlichen Nahverkehr, die an bestimmte Personen zu einem günstigeren Preis, als es der Normalpreis darstellt, abgegeben werden. Dieser Personenkreis umfasst u.a. Bezieher*innen von Lohnersatzleistungen nach dem Sozialgesetzbuch oder Wohngeld oder von geringen Altersrenten oder von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Sozialtickets gibt es u.a. in Erfurt und Weimar. Oft scheiterte die Einführung an engen kommunalen Haushalten.

Oft scheitert aber auch die Inhaberin oder der Inhaber des Tickets, nämlich beispielsweise dann, wenn er oder sie sich aus der Stadt fortbewegen will oder muss. So liegen etwa zwischen Erfurt und Weimar im Verkehrsverbund Mittelthüringen Welten, konkret zwei Tarifzonen ohne Sozialticket. Der Vorteil eines Verbundtarifes – ein Ticket für alles – verschwindet sofort. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Thüringen setzen sich daher ein für:

1. Die Einführung eines Sozialtickets für den gesamten Verkehrsverbund Mittelthüringen, damit auch tarifzonenübergreifende Fahrten zu einem ermäßigten Tarif möglich werden.
2. Einführung von Sozialtickets bei allen anderen Anbietern von öffentlichem Nahverkehr.
3. Die Berücksichtigung von tarifzonenübergreifenden Sozialtickets bei dem geplanten Landesbusnetz sowie weiteren geplanten oder noch zu schaffenden Verkehrsverbänden im Lande.

Es ist notwendig, hier seitens des Landes moderierend aufzutreten und finanzielle Hilfestellung bzw. Beteiligung zu bieten, um die Einnahmeverluste bei den Anbietern zu kompensieren und dies nicht allein der kommunalen Ebene zu überlassen.

Im oben genannten Sinne bitten wir unsere Landtagsfraktion und unsere Vertreter*innen in der Landesregierung, verstärkt tätig zu werden.